

2. Tagung 5.Landesparteitag Eisenberg

INHALT

2.Tagung 5.Landesparteitag	1
Soziale Sicherheit für alle	2
Petitionen – bringen die was?	4
Arbeit finanzieren...	5
Anschlag auf LINKE-Büro	6
Erinnerung an Hermann Danz	7
Aus der Arbeit des Bürgerbüros	8
3. Klausurtagung	9
AG-Senioren Schmalkalden	10
Einwilligungserklärung	11
Termine	12



Eine Sozialstaatsgarantie für die Menschen ist dringend nötig, forderte Ministerpräsident Bodo Ramelow auf dem Landesparteitag. Schutz vor unsicheren Arbeitsverhältnissen, vor Altersarmut und vor sozialer Unsicherheit müsse zentrale Aufgabe des Staates sein. Er sagte: „Wenn wir einen Sozialstaat wollen, dann müssen wir die Reichen besteuern!“ Mit Blick auf die Thüringer Bildungspolitik ergänzte er: Das nun auf den Weg gebrachte kostenfreie Kita-Jahr könne nur der Einstieg in eine komplett kostenfreie frühkindliche Bildung sein.



Rolf Eitzert

wurde vom
Landesvorstand
ausgezeichnet zum

**25. Jahrestag
AG Senioren**



SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE IM LAND

In den beiden letzten Monaten dieses Jahres kommen einige gesellschaftlich relevanten Ereignisse zusammen: zwei Jahre rot-rot-grüne Regierung in Thüringen, unser Landesparteitag am 5. November, auf dem Thesen zur Debatte für das Bundestagswahlprogramm 2017 angenommen wurden, der Start bzw. die Weiterführung von Kampagnen wie „Soziale Sicherheit für alle im Land“ und „100.000 Pflegekräfte mehr! Das muss drin sein.“

Die Bundestagswahl und der Wahlkampf dafür werfen ihre Schatten voraus. So war auch der Parteitag in Eisenberg vor allem in diesen Rahmen eingebettet: Erreichtes und vor allem noch zu lösendes seitens der Regierung und unserer Landtagsfraktion einerseits, Bundestagswahl andererseits und unser eigenes gemeinsames Wirken in der Partei dafür.

Unter den rund einhundertfünfzig Delegierten saßen auch wir fünf Mitglieder (siehe Foto) und vier Gäste aus dem Kreisverband Schmalkalden-Meiningen.



Am Morgen des Parteitages hatten die meisten von uns im Radio die erschreckende Nachricht über die Verhaftung von 59 Abgeordneten der HDP (Demokratische Partei der Völker) durch Erdogans Schergen vernommen. Folgerichtig gab es in Eisenberg nicht nur den Dringlichkeitsantrag „Solidarität mit den verhafteten Abgeordneten der HDP“, sondern auch als ersten emotionalen Höhepunkt des Parteitages den Auftritt der jungen Kurdin Nursel Öztürk, der von viel Beifall begleitet wurde.

Es gehört zur Tradition auf den Parteitagen, dass neben Vertretern von Parteien und Organisationen auch Bürgermeister und/oder Landrat der Gastgeberkreise sprechen. So erfahren wir wenigstens auf diese Weise einiges über die Städte, denn auf der Hin- und Rückreise gibt es kaum die Möglichkeit, Konkretes wahrzunehmen. Eisenberg, die

Kreisstadt des Saale-Holzland-Kreises, kann eine positive Entwicklung vorweisen. Sehr kritische Worte äußerte der Landrat vor allem zur Gebietsreform und forderte die Einbeziehung der Bürger. Heike Taubert, SPD-Finanzministerin, erinnerte an eine von der CDU organisierte Demo mit 4.000 Teilnehmern am Vorabend der Amtsübernahme durch rot-rot-grün, auf der der Untergang Thüringens vorausgesagt wurde. Dem stellte Frau Taubert ihr Credo für rrg gegenüber und belegte ihre Aussagen mit etlichen konkreten Fakten, z. B. zur Einstellung von Lehrern und Polizisten sowie zum Schulinvestitionsprogramm. Bereits seit fünf Jahren gebe es das Vorhaben der Gebietsreform, jetzt kämen aus anderen Bundesländern Vorgaben u. a. zu Größenordnungen. Stefanie Erben, Landessprecherin der Grünen, lobte die Thüringer Flüchtlingspolitik. In der Fraktion und zwischen den drei Parteien gelte es, voneinander zu lernen.

Unsere Genossin Elke Pudszuhn, Landesvorsitzende VVdN/BdA Thüringen, verwies in ihrem Grußwort darauf, dass der Schwur von Buchenwald noch immer nicht erfüllt ist. Kürzlich ist der Bund der Antifaschisten wieder von einem AfD-Landtagsabgeordneten als „größte Vereinigung im Bereich des Linksextremismus in Deutschland“ diffamiert worden. Dazu betonte Genn. Pudszuhn: „Nun frage ich euch: Ist Antifaschismus verfassungsfeindlich? Er ist nicht verfassungsfeindlich – er ist ein Pfeiler der Demokratie.“

Im Mittelpunkt des erfreulicherweise eintägigen Parteitages standen die Reden unserer Thüringer Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow, unseres Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, der Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion Sarah Wagenknecht und der Vorsitzenden der Linksfraktion im Europaparlament Gabi Zimmer. Allen vier ging es um den Kampf für soziale Sicherheit für alle in Deutschland, in Europa, in der Welt, um den Kampf für Frieden und Solidarität. Genn. Hennig-Wellsow setzte sich mit dem Rechtsruck in Thüringen und Deutschland auseinander. „DIE LINKE ist links. Die AfD ist rechts.“ Sie hob aber auch den Wahlerfolg der LINKEN in Berlin hervor und betonte, dass es in Thüringen gute Chancen für einen weiteren Wahlerfolg gebe. Grundlage dafür sei, dass seit 2014 linke Vorhaben umgesetzt werden konnten, darunter der Ausbau der Mitbestimmung. Die Gebietsreform werde ständig von der CDU kritisiert.

Fortsetzung S.3

Fortsetzung von S.2

Von der CDU kämen zu dieser Reform wie zu anderen Vorhaben und Entscheidungen aber keine Ideen, sondern sie sei immer nur dagegen. Für die Bundestagswahl stellt Genn. Hennig-Wellsow das Ziel, 10% der Wählerstimmen zu erreichen, um dann die Chance auf eine rot-rot-grüne Koalition wie in Thüringen anzustreben.

Während DIE LINKE in Thüringen von starken Positionen ausgeht, sieht die Lage der linken Kräfte (GUL/NGL) im Europaparlament ganz anders aus. „Wir sind als Linke in Europa auf dem besten Wege zu verschwinden“, so charakterisierte Genn. Zimmer die Situation. Es gelte, die GUL wieder aktionsfähig zu machen, über konkrete Projekte Mitstreiter zu gewinnen mit dem Ziel, die EU als Gemeinschaft zu erhalten und zu entwickeln, neue Antworten auf dringende Fragen zu suchen. Auch das Bundestagswahlprogramm müsse alle Ebenen, also Land, Bund, europäische Linke und EU, miteinander verbinden.

Genn. Sarah Wagenknecht stellte vor allem die sozialen Bedingungen in den Mittelpunkt. Im Gegensatz zur Aussage vieler Politiker, dass es Deutschland gut gehe, stehe die immer stärkere, völlig ungerechte Verteilung des Reichtums: eine Million Leiharbeiter, 50% der Beschäftigten ohne Tarifverträge, 25% im Niedriglohnsektor, um 18% geringere Löhne gegenüber dem Jahr 2000, Verhinderung der Erbschaftssteuer für die Reichen usw. Die Folge sei ein zutiefst gespaltenes Land. Dazu übte Wagenknecht harte Kritik an der SPD, besonders an Nahles und Gabriel. Ziel deutscher Politik muss die Wiedererrichtung des Sozialstaates und eine friedliche Außenpolitik sein, beide Punkte sind Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung der LINKEN auf Bundesebene.

Natürlich wandte sich auch unser Ministerpräsident, Gen. Bodo Ramelow, der sozialen Entwicklung in Thüringen und den Erfolgen der rot-rot-grünen Regierung zu, die sich u. a. in sinkender Arbeitslosigkeit, Schaffung von 1.000 neuen Lehrerstellen, Überführung von 1.300 Beschäftigten der Schulhorte in den Landesdienst, Steigerung des Lohnniveaus um 16,4% wegen der Einführung des Mindestlohns, Schaffung von vorerst 1.000 neuen Stellen für Landzeitarbeitslose usw. zeigen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit an gleicher Stelle müsse zum Gesetz werden, die Sozialstaatsgarantie sei dringend nötig, verbunden mit dem Schutz vor unsicheren Arbeitsverhältnissen, vor Altersarmut, vor Kinderarmut. Es könne manches Ziel des Wahlprogramms besser umgesetzt werden, wenn Schäuble und der Bund den Freistaat Thüringen besser unterstützen würden. Zur in der Bevöl-

kerung heiß diskutierten und oft auf Ablehnung stoßenden Gebietsreform betonte Ramelow, dass diese immer im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Funktionalreform zu betrachten sei. Der vom Innenministerium veröffentlichte Plan für die neuen Kreise sei ein Vorschlag, über den noch diskutiert werden könnte. Zur Zeit seien nur ein Drittel der Thüringer Gemeinden wegen ihrer guten Konditionen in der Lage, auf ihrem Niveau so weiterzuarbeiten, die anderen zwei Drittel seien am Limit oder hätten es schon überschritten. Im Koalitionsvertrag sei diese gesamte Reform fest verankert als Schritt zur Veränderung. Das Land brauche eine Zukunftsperspektive.

In etlichen Diskussionsbeiträgen wurde Stellung zu den oben erwähnten Thesen, zu Problemen in Thüringen und daraus erwachsenden Aufgaben genommen, dabei kamen sehr unterschiedliche Aspekte zur Sprache. So stellte z. B. unser Gen. Jens Petermann dar, dass es zwar in der EU für die Justiz eine echte Gewaltenteilung gebe, diese aber nicht in Deutschland, Österreich und Tschechien existiere, und leitete daraus die Forderung einer Justizreform ab, vor allem auch in Thüringen.

Als positiv auf diesem Parteitag haben wir empfunden, dass es nicht den sonst so üblichen Antragswust gab, der immer auf Kosten einer tiefgründigen Diskussion geht. Ich persönlich denke, dass es an der Zeit ist, dass sich in Zukunft auch jemand aus unserer Delegation auf einem Parteitag zu Wort meldet und wir unsere Präsenz dokumentieren. Befremdlich wirkte auf mich und sicher auch auf etliche andere die Einschätzung zu rot-rot-grün bezüglich des Erfolgs bei den nächsten Wahlen. Im Zusammenhang mit der Gebietsreform sind viel Unmut und Enttäuschung entstanden, viele Bürger beklagen, dass sie nicht oder nicht genügend in den ganzen Prozess einbezogen werden. Andererseits steigt der Zuspruch für die AfD. Sehen unsere führenden Genossen das nicht, wollen sie es nicht wahr haben, haben sie etwas von ihrer Bodenhaftung verloren und haben das Ohr nicht mehr genügend an der Basis? Auch die am 22.11. bekannt gewordene „Sonntagsfrage zur Landtagswahl“ vom mdr macht auf Probleme aufmerksam: rrg bekäme im Moment nur noch 41% der Stimmen, 2014 waren es noch 46,3%, DIE LINKE hat 2% weniger Stimmen – Reaktion der Regierung „zurückhaltend“, S. Hennig-Wellsow „nicht beunruhigend“. Für mich ist das beunruhigend und macht mir Sorge.

Was können, was müssen wir alle gemeinsam tun, um einen weiteren Rechtsruck, insbesondere zur AfD und ein Erstarken der CDU zu verhindern?

Ingrid Krauss

Petitionen – bringen die was?

Um es vorweg zu nehmen: Ja, Petitionen bringen



Foto: Thüringer Landtag

was! Immer wieder sagen Menschen, wenn man auf das Thema Petitionen zu sprechen kommt: „Man bekommt doch eh nicht genügend Unterschriften zusammen und falls doch, ändert sich trotzdem nichts.“

An dieser Stelle ist dann etwas Aufklärungsarbeit nötig. Denn eine Petition einzureichen, unterscheidet sich von einem Volksbegehren oder gar Volksentscheid. Prinzipiell kann jede Bürgerin und jeder Bürger, vom Kleinkind bis zum Greis, eine Petition einreichen, also ein konkretes Ersuchen, dass sich auf das Handeln oder Unterlassen von staatlichen Einrichtungen bezieht. Jede Petition wird im Petitionsausschuss des Thüringer Landtages behandelt, unabhängig davon, wie viele Mitzeichnungen sie hat. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Petitionen handelt es sich ohnehin um private Anliegen, die nicht zur Veröffentlichung geeignet sind und somit auch nicht mitgezeichnet werden können. So gab es unter den 1.361 abgeschlossenen Petitionsverfahren im Jahr 2015 nur 45 öffentliche Petitionen.

Bei 13 Prozent, das sind immerhin 177 der abge-

schlossenen Petitionen, konnte dem Anliegen ganz oder teilweise entsprochen werden. Beispielsweise ist die Bearbeitung von Anträgen zur Bewilligung von Umzugs- und Renovierungskosten durch das Jobcenter häufig Gegenstand von Petitionen. In einem Fall konnte so mit Hilfe des Petitionsausschusses einer jungen Mutter ein zügiger Umzug in eine neue Wohnung ermöglicht werden. In einem anderen Fall ging es um die Kündigung von 8 Kindergartenplätzen. Der Petitionsausschuss drang dabei auf eine Einigung bei der Kostenübernahme zwischen der betreffenden Wohnsitzgemeinde und der Kindergartengemeinde, woraufhin die Kündigungen rückgängig gemacht wurden.

Auch wo dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte, wurde den Petentinnen und Petenten immerhin ausgiebig Auskunft zur Sach- und Rechtslage gegeben. In 606 Fällen konnte somit der betreffende Sachverhalt aufgeklärt werden. Viele Petitionen wurden auch an die zuständige Stelle, an die Landtagsfraktionen oder an andere Ausschüsse weitergeleitet.

Der Petitionsausschuss verfügt zudem über einen Härtefonds zur finanziellen Unterstützung bei außergewöhnlichen Notfällen. Die Maßstäbe, die daran gelegt werden, sind allerdings sehr streng. Vor allem wird überprüft, inwieweit bereits alle staatlichen Hilfsangebote ausgeschöpft wurden. Auch wenn darauf kein Rechtsanspruch besteht, kann ein entsprechender Antrag auch hier etwas bringen.

Wenn Sie Fragen zum Petitionsverfahren oder zu einem konkreten Anliegen haben, können Sie sich gern an Ronald Hande und seine MitarbeiterInnen wenden

Falko Neubert

Trassenplanung ist eine Zumutung

„Diese Leitungen dienen am Ende nur dazu, Strom von Norwegen und Schweden in die Schweiz und nach Österreich zu transportieren. Die Verbraucher hierzulande sollen dafür bezahlen. Wenn hier europäische Trassen gebaut werden, dann sollen diese auch europäisch finanziert werden“, fordert Harzer. Der LINKE-Abgeordnete ist der festen Überzeugung, dass die Pläne der Netzbetreiber nicht umsetzbar sind. Auch durch den Technikeinsatz bei einer Erdverkabelung würde ein nachhaltiger Schaden in Thüringen entstehen.

Fortsetzung S.5



In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.
Kurt Tucholsky

„Notwendig ist, die Energieversorgung regional und dezentral zu organisieren. Dort, wo der Strom verbraucht wird, müssten auch die entsprechenden Erzeugerkapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien aufgebaut werden“, unterstreicht Harzer. Zudem sollte endlich aus der Kohle-Energie ausgestiegen werden, damit die bestehenden Leitungen nicht durch Braunkohlestrom verstopft und erneuerbare Energien transportiert werden können.

Selbsthilfegruppe der Arm- und Beinamputierten aus Suhl im Thüringer Landtag



Das Gespräch drehte sich vor allem um die Problematik der Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von behinderten Menschen. Bodo Erhardt, der Leiter der Selbsthilfegruppe, berichtete vor allem von den Sorgen, Nöten und Einschränkungen dieser Gruppe von Behinderung Betroffener. So sei es z.B. sehr schwierig und oft aussichtslos, einen Ausweis zum Nutzen von Behindertenparkplätzen zu bekommen. Hier müsste dringend Abhilfe geschaffen werden. Im Anschluss an das Gespräch konnten die Gäste von der Tribüne das aktuell laufende Plenum verfolgen. Ein interessanter und

ereignisreicher Tag, der den Gästen sehr gefallen hat.

Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit verwalten

Anlässlich der Tagung des Thüringer Arbeitslosenparlaments im Erfurter Landtag mit mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erklärt die Arbeitspolitikerin der Linksfraktion Ina Leukefeld: „Die Beratung hat erneut deutlich gemacht, dass eine gute Arbeitsmarktstatistik, die es in Thüringen ja gibt, nur die halbe Wahrheit ist. Langzeitarbeitslose fühlen sich abgehängt und gedemütigt. Die Gesellschaft ist tief gespalten und viele Menschen leiden unter Zukunftsangst, sind enttäuscht von Politik und fühlen sich benachteiligt. Das muss Politik ernst nehmen.“

Dass es lohne, sich zu engagieren, zeige die lange umkämpfte und schließlich beschlossene Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Die Abgeordnete verweist auf die Ausführungen von Thomas Steinhäuser von der IG Metall, der beim Arbeitslosenparlament ausführlich dazu gesprochen und aufgezeigt hatte, dass von der Einführung des Mindestlohns in Thüringen 190.000 Beschäftigte partizipieren. Dennoch reiche die Höhe nicht aus, um Altersarmut schon in der Ent-

stehung zu bekämpfen bzw. gar nicht zuzulassen. Zum Thema Leiharbeit sei klar geworden, dass die Anzahl der so Beschäftigten in Thüringen überdurchschnittlich zugenommen hat und jetzt 33.600 Leiharbeiter in Thüringer Firmen tätig sind.

Ina Leukefeld: „Ich halte den Dialog von Betroffenen und Politikern für unerlässlich, Zusammen-schließen und Druck machen gegen Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt, für sinnvolle Beschäftigung und existenzsichernde Einkommen ist und bleibt wichtig. Ich unterstütze den Vorschlag aus dem Arbeitslosenparlament, auf Politiker zuzugehen, sie zu fragen und ihnen ihre Lebenssituation zu schildern.“

Zum nächsten Arbeitslosenparlament am 7. Februar sollen die Finanz- und die Arbeitsministerin eingeladen werden, um über die nächsten Aufgaben und deren finanzielle Absicherung zu berichten. „Es bleibt dabei: Arbeit finanzieren, statt Arbeitslosigkeit verwalten. Nur das hat Zukunft“, so Frau Leukefeld abschließend.

Anschlag auf LINKE- Büro in Meiningen

Am Wochenende 17./18. September kam es zu einem Anschlag auf unsere Räumlichkeiten in Meiningen. Dabei wurde mit einem Stein eine Scheibe des Wahlkreisbüros von Steffen Harzer zerstört.



Nachruf

Wir trauern um Gerhard Kummer, der im Alter von 89 Jahren in der Nacht vom 10. zum 11. September 2016 verstorben ist.

Er war ein aufrechter, kämpferischer Antifaschist und Genosse – unser aktiver Mitstreiter.

Aufgewachsen in einer Zella – Mehlißer Arbeiterfamilie, prägten erst die letzten Kriegsjahre und die intensive Verbindung zu dem antifaschistischen Widerstandskämpfer Fritz Wolf und dessen Familie sein weiteres Leben. Gemeinsam mit seiner späteren Ehefrau Karla Wolf organisierte er in seinem Heimatort eine inhaltsreiche antifaschistische Jugendarbeit. Seine Kenntnisse, die er sich durch autogenes Studium marxistischer Literatur aneignete, gab er mit innerer Überzeugung an die jungen Leute weiter. Ein frühes Interesse zeigte er für die Journalistik sowie für seine Heimatzeitung „Freies Wort“. Vielen noch bekannt als „Pitstöber“, probierte er sich erfolgreich an kritischen Beiträgen im kommunalen Bereich. Nicht selten erfolgte eine Veränderung.

An der Universität Leipzig schloss er ein Fernstudium in Journalistik ab. Als stellvertretender Chefredakteur von „Freies Wort“ bewegte er vieles zum Positiven in Suhl und Zella – Mehliß.

So z. B. prägte er das jährliche Pressefest entscheidend mit, organisierte die Mitarbeit von Betrieben und Institutionen am Bau von Projekten, wie dem Tierpark oder dem Schwimmbad im Haseltal.

Die Bodenhaftung verlor er nie. Stets bezog er Land und Leute in seine Recherchen ein. Täglicher Bestandteil seiner Pressearbeit war die Verbindung zu den Volkskorrespondenten.

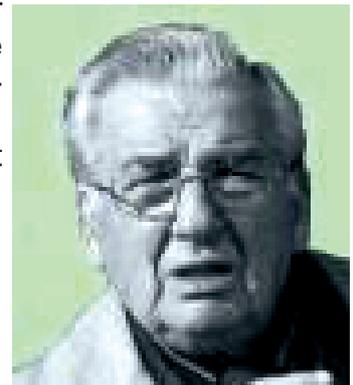
Die Geschichte der Arbeiterbewegung und der antifaschistische Widerstand in Suhl und Zella – Mehliß spielten im Leben von Gerhard Kummer eine wichtige Rolle. Seine emotional und wohlformulierten Beiträge zu Gedenkveranstaltungen, seine Mitarbeit an den Büchern von Gerd Kaiser „Stille Helden“ oder „Aufrecht und stark“..., seine ehrenrührige Geschichte in der Broschüre anlässlich des 90. Jahrestages der kommunistischen Kindergruppen in Suhl mit dem Titel „Immer lebe die Sonne“, werden vielen in Erinnerung bleiben.

Entstanden ist im Verlauf seines Lebens eine umfangreiche Bibliothek mit zum Teil seltenen, einmaligen Büchern. Wir werden dafür sorgen, dass diese und andere wertvolle Dokumente der Nachwelt erhalten bleiben.

Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt seiner Familie.

Basisgruppe der VVN/BdA

Stadtvorstand DIE LINKE



Erinnerung an Hermann Danz

Aus Anlass des 110. Geburtstages des Widerstandskämpfers und Kommunisten Herman Danz am 18. Oktober 2016 wurde von der Arbeitsgruppe Senioren und dem Stadtvorstand der LINKEN zu einer kleinen Gedenkfeier aufgerufen. Etwa 15 Bürger und Bürgerinnen versammelten sich an diesem Tag am Gedenkstein im Pfaffenbach, legten dort Blumen nieder und sprachen ehrende Worte. So wurde daran erinnert, dass Hermann Danz ein aufrichtiger Kämpfer gegen den Nati-



onalsozialismus war und sich stets für Frieden und Gerechtigkeit einsetzte. Er gründete schon in jungen Jahren, nachdem er die Volksschule in Schmalkalden besuchte und das Schmiedehandwerk erlernte, eine Ortsgruppe des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, gehörte der KPD-Bezirksleitung Thüringens an und arbeitete illegal im KPD-Bezirksvorstand Magdeburg-Anhalt. Er wurde mehrfach verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und schließlich am 5. Februar 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet.

Ingrid Krauss, die Vorsitzende des Stadtvorstandes, zitierte am Ende der Gedenkfeier aus dem Brief von Hermann Danz, den er kurz vor seiner Hinrichtung im Januar 1945 an seine Verlobte Eva Lippold schrieb: „Ich sterbe am Ende der alten Zeit, damit die anderen die neue beginnen können. Bin ich deshalb traurig? Nein! Ich bin zufrieden, dass mir das Schicksal die Möglichkeit gab, mich kurz vor meinem Tode einen Blick hinüber tun ließ in die eben beginnende neue Zeit.“

Erstmals nahm das KPD-Mitglied Werner Schaft an der Ehrung teil und sprach Worte des Gedenkens. In diesem Zusammenhang gilt ein besonderes Lob der AG-Senioren, allen voran Rolf Eitzert und Kurt Bachmann, die den Gedenkstein im Pfaffenbach liebevoll pflegen und die Schalen am Stein mehrmals im Jahr mit jahreszeitlichen Pflanzen bestücken.

Marlies Luck

Aus der Arbeit des Bürgerbüros

(1) - Blindengelderhöhung und Taubblindengeld auf den Weg gebracht

Das Thüringer Kabinett hat am 20. September die Novelle des Landesblindengeldes gebilligt. Der von der Thüringer Sozialministerin Heike Werner (Die Linke) vorgelegte Gesetzentwurf sieht die Erhöhung des Landesblindengeldes und die Einführung einer zusätzlichen Leistung für taubblinde Menschen vor.

Nach den Worten der Ministerin ist es nicht akzeptabel, dass blinde Menschen in Thüringen schlechter gestellt werden als in anderen Teilen Deutschlands. Das Blindengeld liegt in Thüringen derzeit bei 270 Euro im Monat. Im Bundesdurchschnitt zahlen die Länder rund 400 Euro.

Das Thüringer Landesblindengeld soll deshalb in drei Stufen auf 400 Euro monatlich erhöht werden.

In der ersten Stufe wird das Blindengeld rückwirkend zum 1. Juli 2016 auf 320 Euro angehoben. Die weiteren Erhöhungen erfolgen am 1. Juli 2017 auf 360 Euro und am 1. Juli 2018 auf 400 Euro. Taubblinde Menschen erhalten ab dem 1. Juli 2016 zusätzlich 100 Euro pro Monat.

„Dass die Politik die Ungerechtigkeit der ungleichen Blindengeldleistungen in den verschiedenen Bundesländern erkennt, ist ein gutes Zeichen“, kommentiert DBSV-Präsidentin Renate Reymann. „Selbstverständlich begrüßen wir die Thüringer Entscheidung. Wir sehen allerdings auch den Bund in der Verantwortung für einen auskömmlichen Nachteilsausgleich. Insofern erwarten wir, dass mit dem Bundesteilhabegesetz nicht nur die Eingliederungshilfe, sondern auch die Blindenhilfe sozialhilfeunabhängig wird.“

(2) - Spende für blinde und sehbehinderte Menschen

Der Abgeordnete des Thüringer Landtages Ronald Hande (DIE LINKE.) freute sich, dem Vorsitzenden der Kreisorganisation Schmalkalden-Meiningen des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen, Herrn Wolfgang Leffler, einen Spendenscheck über 300 Euro überreichen zu können. Es ist bereits die zweite Spende dieser Art, die Ronald Hande an den Verein übergab. Die Mitglieder der Kreisorganisation können dank des Geldes ihre gezielte Öffentlichkeitsarbeit fortsetzen. So kann durch die regelmäßige Zusammenarbeit mit Schulen in verschiedenen Projekten das Verständnis und Verstehen für blinde und sehbehinderte Menschen gefördert werden.

Das Geld wird von der Alternative 54 e.V. ausgereicht, einem Verein der Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag. Zusammen mit den anderen linken Abgeordneten gibt Ronald Hande seine in der Thüringer Verfassung festgelegte automatische

Diätenerhöhung dem Verein weiter. Dieser unterstützt damit soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine sowie Jugendprojekte in Thüringen. Seit der Gründung 1995 wurden bereits über eine Millionen Euro ausgereicht.



(3) - Kreisgebietsreform als Chance begreifen

Der Vorschlag von Innenminister Holger Poppenhäger für eine Kreisgebietsreform mit acht Landkreisen und zwei kreisfreien Städten liegt seit etwa einem Monat auf dem Tisch. Ronald Hande (MdL) beurteilt den Vorschlag als einen vernünftigen Schritt in einer vernünftigen Größenordnung. Auch einem Großkreis aus Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg und Suhl kann er viel positives abgewinnen.

„Veränderungen sind manchmal einfach notwendig, auch in Thüringen, auch was Struktur und Zuschnitt der Landkreise betrifft,“ so der Sprecher für Landesentwicklung und Landesplanung.

3. Klausurtagung „Was geht mich Inklusion an?“

Für Sonnabend, den 26.11.16, hatte der Kreisvorstand zu seiner 3. diesjährigen Klausurtagung in den Kressehof nach Walldorf eingeladen. Dieser Beratung waren reichlich 40 Teilnehmer gefolgt, darunter Fachleute vom Landratsamt, unsere Kreistagsabgeordneten Maik Nothnagel und Jürgen Schmidt und als wichtigster Referent Ottmar Miles-Paul aus Kassel, Mitglieder unserer Partei und interessierte Bürger, darunter Betroffene und Angehörige von Menschen mit Behinderung (MmB).

Nach der Begrüßung durch Patrick Beier und die Walldorfer Bürgermeisterin Ute Pfeiffer erläuterte uns Maik Nothnagel Schwerpunkte der UN-Behindertenrechtskonvention. Dieses grundlegende Dokument wurde bereits am 13.12.2006 erlassen, seit März 2009 gilt die UN-Konvention auch für Deutschland. In 50 Artikeln werden die Menschenrechte speziell für Menschen mit Behinderungen aufbereitet. Der wesentliche Grundsatz lautet: Nicht ohne uns über uns! Zu den Rechten gehören vor allem Barrierefreiheit, Beseitigung jeglicher Diskriminierung, Wahlrecht, persönliche Mobilität, Bildung, Rehabilitation und die volle Teilhabe am politischen Leben. Der Parteivorstand DIE LINKE hat im März 2014 ein Teilhabekonzept beschlossen, in dessen Durchführung gibt es jedoch vor allem auf Landes- und kommunaler Ebene Probleme, z. B. für die Verständigung wie Gebärdensprache, leichte Sprache, Blindenschrift, Parkmöglichkeiten, barrierefreie Räumlichkeiten, spezielle Kost usw.

In sehr anschaulicher Weise verdeutlichte uns Herr Miles-Paul sein Anliegen: „Wie kann Inklusion in der Kommune umgesetzt werden?“ Der Referent ist in verschiedenen Gremien bis hin zur Bundesebene als Vertreter für behinderte Menschen tätig und konnte deshalb auch auf ein sehr breites Spektrum seiner Erfahrungen zurückgreifen. Ihm ging es auch darum, dass wir selbst uns in die Lage dieser Menschen hinein zu versetzen suchten und unsere Gedanken und Vorstellungen mitteilten.

Anhand eines kleinen Filmes über den Gemeindeverband Nieder-Olm (bei Mainz) wurde deutlich, wie engagiert sich Bürgermeister, Behörden, Vereine, Bürger gemeinsam für eine gute und erfolgreiche Inklusion einsetzen. Miles-Paul betonte die Notwendigkeit, dass die Inklusion nicht nur auf unterer Ebene eine Rolle spielt, sondern von oben her, also auch von den Parlamenten, angestoßen wird. Diese Forderung zeigt Wirkung: In der kommenden Woche, also etwa am 1. Dezember, steht das Bundesteilhabegesetz auf der Tagesordnung im Bundestag.

Frau Helm vom Schulamt Suhl und Herr Tischer (Verkehrswesen) vom Landratsamt widmeten sich

in ihren Darlegungen den Möglichkeiten der Umsetzung des gesellschaftlichen Auftrags Inklusion in unserem Kreis. Im Grundgesetz heißt es im Artikel 3: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich... Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Das klingt sehr gut, aber „Ist Inklusion im ländlichen Raum an Schulen umsetzbar?“ Anhand der Entwicklung des Thüringer Schulwesens und ihrer eigenen Erfahrungen erläuterte sie Möglichkeiten und Hindernisse. So sind z. B. nur 9,5% der Thüringer Schulen vollständig barrierefrei. Aber die Schulen können nicht allein die Inklusion bewältigen, es bedarf vieler Mitstreiter, der notwendigen Finanzen bis hin zu einem geänderten Schulgesetz.

Nach jedem Beitrag eines Redners wurde die Möglichkeiten zu Fragen und Diskussionen eingeräumt. Genn. Annemarie Römhild, langjährige Pädagogin, hatte sich ausführlich mit der Thematik auseinandergesetzt und trug uns ihre Überlegungen vor. Aus ihrem eigenen reichen Erfahrungsschatz und dem ihres Mannes, verwies sie einerseits auf das notwendige Engagement für eine gelingende Inklusion (das heißt Zugehörigkeit), andererseits darauf, dass dieser Weg Schritt für Schritt zu bewältigen sei, nichts überstürzt erreicht werde. Frau Helm erklärte, wie notwendig es sei, sich darüber auszutauschen, was funktioniert und was anders gemacht werden müsse. Nicht das Kind muss zur Schule kommen, sondern die Schule zum Kind, war ihre abschließende Forderung.

„ÖPNV – ist Barrierefreiheit bis 2022 realistisch?“ Mit dieser Frage beschäftigte sich Herr Tischer. Er erläuterte, dass neben der barrierefreien Gestaltung der Haltestellen auf Bahnhöfen und für die Busse besonders die fahrplangerechte Anbindung ein wesentliches Problem sei. So müsse auch ein Wochenendangebot für die Dörfer eine Rolle spielen oder bessere Verkehrsmöglichkeiten für Stadtlinien usw., nicht nur für behinderte Menschen, sondern auch für die große Zahl von Rentnern, die auf den ÖPNV angewiesen seien. In diese Überlegungen müsse unbedingt der Behindertenrat mit einbezogen werden.

Was geht mich Inklusion an? Es war eine gelungene Veranstaltung, interessant, anschaulich, des Nachdenkens wert. Ich denke, wir haben mit unseren drei Klausurtagungen in diesem Jahr Maßstäbe für gute politische Bildung gesetzt.

Abschließend ein Zitat Richard von Weizsäcker: „Nicht behindert zu sein ist wahrlich keine Verdienst, sondern ein Geschenk, das jedem von uns jederzeit genommen werden kann.“

Ingrid Krauss

AG-Senioren Schmalkalden in eigener Sache:

Auf der letzten Zusammenkunft des Jahres 2016, am 02. November, wurden Frage in den Raum zu der Problematik gestellt: „Wie weiter mit der AG?“, „Überhaupt weiter mit der AG?“. Einmal im Monat treffen wir uns, meistens den ersten Mittwoch im Monat. Wir, das sind die Genossinnen Marlies Luck, Christel Siegmund, Rosemarie Bachmann und die Genossen Hans-Günther Weilepp, Rolf Eizert, Kurt Bachmann und Manfred Dietz. Das ist die AG Senioren Schmalkalden. Wir sind wenige wird eingeschätzt, aber unsere Zusammenkünfte wollen wir beibehalten. Wir sind der Meinung, wir brauchen Verstärkung. Dieser Artikel soll jene Seniorinnen und Senioren ansprechen, denen es möglich ist, uns in der AG Senioren zu unterstützen, mit uns in der AG zu arbeiten. Neben dem Meinungsaustausch zu allgemeinen politischen Problemen geht es natürlich auch um die Seniorenarbeit. Wir wollen für 2017 einen Arbeitsplan erstellen. Die nächste Zusammenkunft ist am 04.01.2017 09.00 Uhr im Bürgerbüro, Hoffnung 11.

Für die AG- Senioren Schmalkalden
Manfred Dietz

und er wird richten zwischen den Nationen und für viele
Völker Recht sprechen. Dann werden sie ihre Schwerter zu
Pflugscharen umschmieden

ADVENT

*Es treibt der Wind im Winterwalde
Die Flockenherde wie ein Hirt,
Und manche Tanne ahnt, wie balde
Sie fromm und lichterheilig wird.*

*Und lauscht hinaus. Den weißen Wegen
Streckt sie die Zweige hin – bereit,
Und wehrt den Wind und wächst entgegen
Der einen Nacht der Herrlichkeit.*

Rainer Maria Rilke
(1875-1926)

וְשָׁפַט בֵּין הַגּוֹיִם וְהוֹכִיחַ לְעַמִּים רַבִּים וְכָתַתוּ חַרְבֹתָם
לְאֵתִים וְחַנִּיתוֹתַי הֵם לְמִזְמֵרוֹת לֹא-יִשָּׂא גּוֹי אֶל-גּוֹי
חֶרֶב וְלֹא-יִלְמְדוּ עוֹד מִלְחָמָה: ה'

Hebräischer Text nach der Biblia Hebraica Stuttgartensia

und ihre Speere zu Winzermessern. Nicht [mehr] wird Na-
tion gegen Nation das Schwert erheben,

καὶ κρινεῖ ἀνὰ μέσον τῶν ἐθνῶν καὶ ἐλέγξει λαὸν πολὺν
καὶ συγκόψουσιν τὰς μαχαίρας αὐτῶν εἰς ἄροτρα καὶ τὰς
ζιβύνας αὐτῶν εἰς δρέπανα καὶ οὐ λήμψεται ἔτι ἔθνος ἐπ’
ἔθνος μάχαιραν καὶ οὐ μὴ μάθωσιν ἔτι πολεμεῖν

Griechischer Text der Septuaginta, einer alten griechischen Übersetzung
des Alten Testaments

und sie werden den Krieg nicht mehr lernen.

他必在列國中施行審判，為許多國
民斷定是非。他們要將刀打成犁頭，
把槍打成鐮刀。這國不舉刀攻擊那
國；他們也不再學習戰事。

Chinesischer Text nach der Chinese Union Version

Die Vision von einer friedlichen und gerechten Welt nach dem Profeten Jesaja 2, 4.

Ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr!

Muhammad Schmidt, 2016



Einwilligungserklärung

Sehr geehrte Genossinnen und Genossen der Kreisvorstand möchte auch in Zukunft unseren Jubilaren öffentlich gratulieren. Dazu benötigen wir aber entsprechend des derzeit gültigen Datenschutzgesetzes eine Einwilligungserklärung von Euch.

Wer diese Erklärung nicht abgibt, kann leider nicht mehr genannt werden!

Ich bin damit einverstanden, dass mein Geburtsdatum und mein Wohnort durch den Kreisvorstand DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen zum Zwecke der Veröffentlichung zu Jubiläen und Ehrungen an die Redaktionen unserer kleinen Zeitung „blitzlicht“ und der „UNZ“ (Unsere Neue Zeitung) weitergegeben bzw. übermittelt wird.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass die im Rahmen der vorstehend genannten Zwecke erhobenen persönlichen Daten meiner Person unter Beachtung des Thüringer Datenschutzgesetzes (ThürDSG) erhoben, verarbeitet, genutzt und übermittelt werden.

Ich bin zudem darauf hingewiesen worden, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten auf freiwilliger Basis erfolgt. Ferner, dass ich mein Einverständnis ohne für mich nachteilige Folgen verweigern bzw. jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann.

Meine Einwilligungserklärung und eine gegebenenfalls spätere Widerrufserklärung richte ich an:

**Geschäftsstelle DIE LINKE. Kreisverband Schmalkalden-Meiningen
98617 Meiningen, Eleonorenstraße 10**

FAX: 03693 8853532

E-Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-schmalkalden-meiningen.de

Im Fall des Widerrufs werden mit dem Zugang meiner Widerrufserklärung meine Daten nicht mehr übermittelt und nicht veröffentlicht.

Ort, Datum

Unterschrift

Im I.Quartal gartulieren wir:

1.1. zum 83. Marianne Böttcher, Schmalkalden
 1.1. zum 79. Gertrud Hinske, Neubrunn
 9.1. zum 94. Ilse Schlütter, Zella-Mehlis
 13.1. zum 92. Hans Heinzmann, Schmalkalden
 13.1. zum 77. Roland Mönch, Altersbach
 22.1. zum 93. Erich Vieweg, Meiningen
 23.1. zum 85. Wolfgang Kiesewalter, Erbenhausen
 26.1. zum 55. Ilona Schaft, Schmalkalden
 27.1. zum 81. Horst Kürschner, Schmalkalden
 28.1. zum 78. Gerda Krannich, Floh-Seligenthal
 4.2. zum 85. Franz Gerth, Schmalkalden
 4.2. zum 75. Ingrid Krauss, Schmalkalden
 8.2. zum 92. Gerda Zink, Untermaßfeld
 10.2. zum 92. Karl Schönecker, Schmalkalden
 13.2. zum 81. Christel Schwarz, Schmalkalden
 14.2. zum 83. Walter Hampel, Schmalkalden
 17.2. zum 81. Siegfried Gutsche, Benshausen
 19.2. zum 89. Karla Kummer, Zella-Mehlis
 21.2. zum 90. Ursula Lapp, Meiningen
 22.2. zum 73. Ingrid Eichhorn, Schmalkalden
 22.2. zum 65. Klaus-Dieter Kaiser, Schmalkalden
 25.2. zum 78. Annerose Otto, Meiningen
 26.2. zum 79. Fritz Eckardt, Grabfeld

1.3. zum 77. Erika Groß, Brotterode-Trusetal
 1.3. zum 70. Bernhard Jung, Brotterode-Trusetal
 6.3. zum 79. Erich Dreißigacker, Meiningen
 13.3. zum 72. Heinz-Ulrich Köhler, Einhausen
 17.3. zum 90. Margot Laudien, Zella-Mehlis
 17.3. zum 74. Jutta Rückert, Melpers
 17.3. zum 76. Brigitte Zech, Schmalkalden
 18.3. zum 85. Helga Leuschner, Mehmels
 27.3. zum 81. Brigitte Kaufmann, Brotterode-Trusetal
 30.3. zum 82. Eva Otto, Neubrunn
 31.3. zum 78. Ursula Weisheit, Schmalkalden

Impressum:

DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung
 von Patrick Beier (V.i.S.d.P.)
 Tel. (03693) 8853531
 rgeschaeftsstelle@die-linke-schmalkalden-
 meiningen.de

www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de

Spendenkonto:

IBAN: DE65840500001706060366
 BIC : HELADEF1RRS

Termine:

2. Meininger Energiekonferenz

10. Dezember 2016
 10:00 – 16:00 Uhr
 Rohr, BTZ Rohr-Kloster, Kloster 1

VertreterInnenversammlung

14. Januar 2017
 10:00 Uhr
 Suhl, Hotel Thüringen, Platz der Deutschen Einheit 2

Neujahrsempfang DIE LINKE. Suhl

19. Januar 2017
 18:30 Uhr
 Suhl, Hotel Thüringen, Platz der Deutschen Einheit 2



Wir trauern um:

Gerhard Kummer, Zella-Mehlis
 Thea Ulrich, Schmalkalden

Öffnungszeiten:

Kreisgeschäftsstelle
 Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr
 Mittwoch 17:30-19:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Steffen Harzer (MdL)
 Eleonorenstraße 10
 98617 Meiningen
 Tel.: (03693) 8853530
 Montag bis Freitag 09:00 - 17:00 Uhr

Bürgerbüro Ronald Hande (MdL)
 Hoffnung 11
 98574 Schmalkalden
 Tel.: (03683) 4899927
 Montag, Mittwoch
 09:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr
 Donnerstag
 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 16:00 Uhr
 Freitag
 09:00 - 12:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Ina Leukefeld (MdL)
 Rüssenstraße 19
 98527 Suhl
 Tel.: (03681) 728562

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge
 oder Pressemitteilungen (pm) trägt der
 Verfasser die alleinige Verantwortung.
 Nachdruck nur mit Genehmigungen der
 Redaktion.